



# Grössere Armee soll vors Volk

Aufrüstung des Militärs: Die SP fordert ein Referendum, die SVP will eine Abstimmung vermeiden

Bereits beginnt der nächste grosse Kampf: Soll eine grössere und teurere Armee, wie sie Stände- und Nationalrat wollen, unter das Referendum fallen?

VON OTHMAR VON MATT  
UND CHRISTOF MOSER

Für die SVP ist der Fall klar. Stockt nach dem Stände- auch der Nationalrat die Armee von 80 000 auf 100 000 Soldaten auf und von 4,4 Milliarden auf 5,1 Milliarden Franken Budget, dann muss man eines nicht: «Das dem Referendum unterstellen», wie Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH) betont. «Denn in der Schweiz haben wir eine Mehrheit, die sich für die Armee und für die Sicherheit ausspricht.» Wichtig sei, die Öffentlichkeit gut über das Vorhaben aufzuklären, «damit nicht der Eindruck entsteht, man umgehe sie». Hurter ist überzeugt, dass die Bürgerlichen ein allfälliges Referendum gewinnen. «Doch

ein Referendum bringt in dieser Frage nur eine Zeitverzögerung.»

**OB DIE GRÖSSE** und das Budget der neuen Armee dem Referendum unterstellt werden müssen, kann man im Verteidigungsdepartement (VBS) noch nicht beantworten. «Das Parlament hat noch nicht entschieden», sagt Sprecherin Silvia Steidle. «Deshalb ist die Frage der Referendumsfähigkeit zurzeit lediglich eine Hypothese.» Das VBS halte nach wie vor den Bundesrats-Entscheid für massgeblich. Alles andere werde geregelt,

«**Jetzt wird versucht, diese militärische Operation ohne Gesetz durchzubringen. Ein demokratischer Skandal.»**

SP-PRÄSIDENT CHRISTIAN LEVRAT

wenn die Botschaft vorliege.

Ganz anders sieht man das bei den Sozialdemokraten. Die Bürgerlichen

wollten 5 Milliarden für den Tiger-Ersatz, 1,2 Milliarden für Ausrüstungs-Lücken, 100 000 Soldaten und ein ordentliches Budget von 5,1 Milliarden, sagt Christian Levrat. «Das kann man entweder mit Mehreinnahmen finanzieren, zum Beispiel einer Erhöhung der Mehrwertsteuer», so der SP-Präsident. «Oder es braucht ein Sparpaket, von dem vor allem Verkehr, Landwirtschaft und Bildung betroffen wären.» Für Levrat ist klar, dass es zu einem Kampf um das Referendum kommt. «Jetzt wird versucht, diese militärische Operation ohne formelles Gesetz durchzubringen», sagt er, «damit das Ganze nicht referendumsfähig ist. Das wäre ein demokratischer Skandal.»

**AUCH NATIONALRAT** Max Chopard (SP/AG) stört sich daran, dass «der Milliardensegnen finanzpolitisch unangebracht» sei. Der Ständerat habe Forderungen nach mehr Geld und grösserer Armee aufgestellt, ohne die Finanzierung aufzuzeigen. Für Präsident Christian Levrat gibt es keinen Zweifel: «Die SP wird dagegen auf jeden Fall das Referendum ergreifen.»



**Der Sonntag Gesamtausgabe**

**26.06.2011**

Auflage/ Seite 173107 / 9

Ausgaben 50 / J.

9048

8944591

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Der Sonntag Aargau	87'806
Der Sonntag Limmattal/ Zürich	7'518
Der Sonntag Baselland	20'679
Der Sonntag Solothurn/Oberaargau	31'301
Der Sonntag OT	12'573
Der Sonntag ZT	11'882
Der Sonntag LN	1'348